

An die Kreisverwaltung _____

über die Gemeinde-/Verbandsgemeindeverwaltung _____

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung der Dorferneuerung

1. Antragsteller

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon tagsüber u- privat: _____ Geb.-Datum: _____

2. Durchzuführendes Vorhaben

Objekt (z.B. Wohn- _____

haus, Scheune): _____

Straße, Nr., Ort: _____

Derzeitige Nutzung: _____

Baujahr _____

Stichwortartige _____

Beschreibung _____

der Maßnahme: _____

Spätere Nutzung: _____

Bankverbindung: _____

Bank: _____

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

3. Finanzierung des Vorhabens

Gesamtkosten

(lt. beigefügten Unternehmerangeboten oder
Kostenaufstellung vom Planer / Architekt): _____

./ Eigenkapital (Bargeld, Kredite usw.): _____

./ Zuschüsse Dritter
(z.B. Denkmalschutz, Wohnungsbauförderung): _____

Die Gesamtkosten entstehen voraussichtlich wie folgt

Jahr	Kosten (EUR)	Gewerke

4. Erklärung des Antragstellers

4.1 Ich bin

- Eigentümer
- Träger der Baulast
- Erbbauberechtigter
- Inhaber eines dinglich abgesicherten Nutzungsrechtes
- Berechtigter eines auf mindestens 15 Jahre abgeschlossenen Nutzungsvertrages für die durch das o.a. Vorhaben betroffenen Grundstücke.

4.2 Für dasselbe Objekt bzw. dieselbe Maßnahme wurde aus Landesmitteln zur Förderung der Dorferneuerung

- noch keine Zuwendung gewährt
- _____ EUR Zuwendung gewährt.

4.3 Für die beschriebene Maßnahme bin ich

- nicht vorsteuerabzugsberechtigt
- vorsteuerabzugsberechtigt in Höhe von _____ EUR.

4.4 Mir/Uns ist bekannt, dass

- a) vor Zugang eines Bewilligungsbescheides oder vor Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn begonnene Vorhaben von der Förderung ausgeschlossen sind (der Abschluss eines der Ausführung zugrunde liegenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages - z.B. Kaufvertrag, Werkvertrag sowie die Aufnahme von Eigenarbeiten - ist dabei grundsätzlich als Beginn der Maßnahme zu werten),
- b) nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionengesetz -SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) die Verpflichtung besteht, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.
- c) sich nach § 264 des Strafgesetzbuches derjenige strafbar macht, der gegenüber der Bewilligungsbehörde hinsichtlich der genannten subventionserheblichen Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn vorteilhaft sind oder die Bewilligungsbehörden entgegen seiner Verpflichtung zur Mitteilung über Änderungen dieser Tatsachen, die die Förderberechtigung berühren, in Unkenntnis lässt oder der eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung gegenüber der Bewilligungsbehörde zum Nachweis subventionserhebliche Tatsachen gebraucht.

4.5 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass mein/unser Name, meine/unsere Adresse sowie die Bankverbindung zum Zwecke der maschinellen Erstellung der Bescheide und verwaltungsinterner Listen in einer Datenerfassungsanlage gespeichert werden. Name und Bankverbindung können zum Zweck der Auszahlung an die Kasse weitergeleitet werden.

4.6 Bekanntgabe der Bescheide bei Ehegatten

Wir sind damit einverstanden, dass die Bescheide und der sonstige Schriftverkehr einem der unterzeichnenden Ehegatten zugleich mit Wirkung für und gegen den anderen Ehegatten bekanntgegeben werden.

4.7 Dem Antrag sind folgende Unterlagen beigefügt:

- Unternehmerangebote bzw. Kostenaufstellungen
- Fotografien
- Planunterlagen
- Lageplan
- Aufstellung der Eigenleistung
- _____
- _____

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift